

Niederschrift

StUK/038/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 10.09.2025

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
-------------------------	-----	------------------------------------------

Vertreter:

Herr Lutz Albers	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Marius Himmler
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Volker Brauer
Herr Christian Kaisal	CDU	Vertretung für Herrn Matthias Berlekamp
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Elke Rochus-Bolte
Frau Helena Willers	CDU	Vertretung für Herrn Günter Maaß

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann		Beigeordneter
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Matthias van Wüllen		Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Pablo Vaßholz		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Kamal Kassem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Andree Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 37 über die öffentliche Sitzung am 02.07.2025

Es liegen keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vor. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Herr van Wüllen informiert darüber, dass am 08.11.2025 eine städtische Veranstaltung zum Thema „Wohnprojekte“ und „gemeinschaftliches Wohnen“ stattfinden werde. Die Verwaltung wolle sich proaktiv mit verschiedenen, neuartigen Wohnformen beschäftigen und mit Experten sowie der Öffentlichkeit darüber ins Gespräch kommen.

2.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

Es liegen keine Informationen vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

4. Handlungsfelder und Strategien zum Umgang mit Problemimmobilien im Schotthock Vorlage: 407/25

Herr Dieckmann gibt einen kurzen Überblick zu den laufenden Maßnahmen des ISEK Schotthock. Herr Klanten und Herr Happel sind für das Planungsbüro RHA anwesend. Sie präsentieren den aktuellen Sachstand der Erarbeitung von Handlungsfeldern und Strategien zum Umgang mit Problemimmobilien im Schotthock.

Herr Doerenkamp hebt positiv hervor, dass die vorgestellten Strategien nicht auf den Schotthock begrenzt seien, sondern für das ganze Stadtgebiet Anwendung finden könnten. Ihn interessiere für wie viele Immobilien ein Steckbrief mit potenziellen Handlungsmöglichkeiten erstellt worden sei.

Herr Happel erklärt, dass es inzwischen ungefähr 30 Steckbriefe gebe. In etwa die Hälfte dieser Steckbriefe beschäftige sich mit Immobilien, die nur einem geringen Risiko ausgesetzt seien, zukünftig zu einer Problemimmobilie zu werden. Herr Klanten ergänzt, dass es ca. 20 Steckbriefe mit konkreten Handlungsempfehlungen geben werde. Je nach zukünftiger Entwicklung reiche bei den übrigen Immobilien eine weitergehende Beobachtung aus.

Herr Bems weist darauf hin, dass diese Analyse kein symbolischer Akt bleiben dürfe. Man habe jetzt das Handwerkszeug, um bei Problemimmobilien stärker durchgreifen zu können als bisher. Die Verwaltung müsse dieses Handwerkszeug bei Bedarf nutzen. In welchem Maße dies möglich sei, hänge aber auch an finanziellen und personellen Kapazitäten.

Frau Friedrich bewertet die Ausarbeitungen ebenfalls sehr positiv. Es sei ausgesprochen wichtig, über alle Handlungsmöglichkeiten Bescheid zu wissen. Bei deren Anwendung müssten Politik und Verwaltung an einem Strang ziehen und sich gegenseitig unterstützen. Es werde sehr spannend zu sehen, wie und in welchem Maße diese Instrumente in Realität dann genutzt werden.

Herr Ortel merkt an, dass die Ausarbeitung der Verwaltung Möglichkeiten aufzeige, die so vorher nicht bekannt oder zumindest ungenutzt gewesen seien. Die UWG stehe voll und ganz hinter dem Beschlussvorschlag. Er hoffe, dass durch den Beschluss auch alle Handlungsoptionen in entsprechenden Situationen angewendet werden.

Herr Wisselmann macht darauf aufmerksam, dass das BauGB der Verwaltung mittlerweile etliche Möglichkeiten biete, um mit Problemimmobilien umzugehen. Man müsse sich klar darauf einigen, in welchen Fällen welches Mittel genutzt werde.

Nach einem Hinweis von Herrn Winnemöller stellt Herr Dieckmann klar, dass die Verwaltung in öffentlicher Sitzung nicht von einem genauen „Haus X an der Y-Straße“ sprechen werde. Es gehe primär darum einen Werkzeugkoffer zu etablieren, der möglichst universell, rechtssicher und effizient einsetzbar sei. Ihm sei sehr wichtig, dass Verwaltung und Politik nach außen geschlossen und transparent die Anwendung dieser Werkzeuge propagieren. Auf die Bauordnung und das Ordnungsamt würden, je nach Eskalationsstufe, unschöne Termine zukommen. Das Verwaltungshandeln müsse weiterhin angemessen und verhältnismäßig sein. Die Auswahl des passenden Instrumentes werde durch eine Einzelfallbetrachtung getroffen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen des vortragenden Büros Reicher Haase Assoziierte GmbH zur Kenntnis und beschließt die Strategie und Handlungsfelder für den Umgang mit Problemimmobilien im Schotthock.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Planung Spielflächen im Schotthock Vorlage: 423/25

Herr van Wüllen präsentiert den aktuellen Sachstand der Planung von Spielflächen im Schotthock. Er hebt die außerordentlich gut angenommene Bürgerbeteiligung mit über 120 Eingaben hervor. Diese habe einige Erkenntnisse zum Handlungsbedarf hervorgebracht. Der springende Punkt sei momentan die Einhaltung des Kostenrahmens. Bei der Aufstellung des ISEK Schott-

hock in 2022 sei für die Spielplätze 455.000 Euro angesetzt worden. Aufgrund der allgemeinen Baukostenentwicklung und der Auswahl qualitativ hochwertiger Ausstattung, um den Wünschen der Bewohnenden aus der Beteiligung zu entsprechen, werde dieses Volumen nicht ausreichen. Es gebe eine Differenz von ca. 260.000 Euro, also eine 57%ige Steigerung der Kosten auf insgesamt 715.000 Euro. In Absprache mit dem Fördergeber sei es kein Problem, die Mehrkosten bei dieser Maßnahme durch Minderkosten bei einer anderen Maßnahme auszugleichen. Man sei weiterhin bemüht, den Kostenrahmen der Gesamtmaßnahme ISEK Schotthock von 17.500.000 Euro einzuhalten.

Herr Ortel kann die Begründung für die Kostensteigerung voll und ganz nachvollziehen. Bei der Planungsqualität und dem Mehrwert, der durch die Aufwertung der Spielflächen entstehe, sei das zu verkraften.

Herr Niehoff und Herr Brauer schließen sich der Meinung von Herrn Ortel an.

Herr Doerenkamp bittet darum, zu prüfen, ob am Waldspielplatz eine Barriere für freilaufende Hunde umsetzbar sei, um die Verschmutzung möglichst gering zu halten.

Herr Kaisal merkt an, dass es nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern besonders auch für Erwachsene nicht genügend Bewegungsflächen gebe. Er fragt, ob die Flächen auch von Erwachsenen genutzt werden dürften oder nicht.

Herr Dieckmann verspricht, dass dies geprüft werde. Sofern möglich, seien die Flächen auch für Erwachsene gedacht. Je breiter die Nutzergruppen seien, desto höher seien aber auch die Immissionsschutzrechtlichen Anforderungen bzgl. Lärm.

Herr Winnemöller spricht den Spielplatz im Waslhagenpark an. Er macht erneut auf seine Idee eines Kletterwaldes an dieser Stelle aufmerksam. Zudem regt er an, einen dauerhaften Newsletter einzurichten, um alle Informationen bezüglich des ISEK schnell in Umlauf zu bringen. Zuletzt teilt er mit, dass er genügend Sponsoren zusammen habe, um „Spindel und Schiffchen“ auf dem Kreisverkehr an der Ecke Lingener Damm, Römerstraße, Staufenstrasse zu ermöglichen.

Frau Friedrich teilt mit, dass sie es gut fände, wenn die Menschen aus der Bürgerschaft, die Eingaben bei Bürgerbeteiligungen tätigen, auch auf einem anderen, direkteren Weg darüber informiert würden, was aus ihrer Eingabe geworden ist. Die Erwartungshaltung nach solchen Beteiligungen sei ohnehin sehr groß. Eine Erklärung, welche Maßnahme warum umsetzbar oder eben nicht umsetzbar war, würde die generelle Akzeptanz erhöhen.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt die Entwurfsplanung für die Spielflächen im Schotthock als Grundlage der weiteren Bearbeitung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt den neuen Kostenrahmen für den Umbau der Spielflächen im Schotthock.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Mehr Grün an die Fassaden und auf die Dächer
Vorlage: 442/25**

Frau Friedrich stellt den Antrag der GRÜNEN vor und erklärt, dass sie mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei.

Im Einvernehmen wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Kenntnisnahme und Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den aktuellen Stand des Fördergegenstands „Begrünung“ des Fassadenprogramms der Stadt Rheine zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung aller städtischen Gebäude auf Umsetzbarkeit einer Fassadenbegrünung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Fortschreibung Masterplan Grün
Vorlage: 445/25**

Frau Friedrich stellt den Antrag der GRÜNEN vor. Sie führt aus, dass der Masterplan seit etwa 10 Jahren auf dem Weg sei und bereits viele Maßnahmen umgesetzt worden seien. Allerdings fehle der Fokus auf Biodiversität immer noch weitestgehend. Sie bittet darum, dies auch in der kommenden Legislaturperiode weiter im Blick zu behalten. Der Vorschlag den Masterplan auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten, sage ihr zu. Zudem sei die Gestaltung von Kitas und Schulen als Lern- und Naturerlebnisorte durch die Vorlage ausreichend berücksichtigt.

Frau Jaske führt an, dass die finanziellen Mittel für den Masterplan begrenzt seien. Neue Vorschläge, die mit den Leitlinien des Plans vereinbar seien, würden geprüft und sukzessive umgesetzt. Ideen für weitere Maßnahmen könne man jederzeit einreichen.

Herr Winnemöller bringt das Neubaugebiet Emsauenquartier Walshagen zur Sprache und fragt, ob der unbebaute Teil des Gebiets für eine Waldaufforstung genutzt werden könne.

Herr van Wüllen erläutert, dass dies aufgrund der Funktion der Flächen an der Ems als Retentions-, Überschwemmungs- und Hochwasserschutzfläche nicht möglich sei.

Herr Doerenkamp teilt mit, dass die CDU dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde.

Herr Hundrup regt an, Ausgleichsmaßnahmen verstärkt innerhalb der Stadt durchzuführen, anstatt diese in Außenbereiche zu verlagern. Dadurch entstehe für die Bürgerschaft ein größerer Mehrwert.

Beschluss / Kenntnisnahme:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt den Geltungsbereich des Masterplans Grün auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und alle zu-

künftigen Maßnahmen, die den im Masterplan Grün formulierten Leit- und Ergebniszielen entsprechen, diesem zuzuordnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den aktuellen Stand zum Thema Entwicklung der Ems-Auen, Aufforstung eines Stadtwaldes, Förderung der Biodiversität und ökologische Aufwertung der Umgebung von Schulen zur Kenntnis.

8. Umsetzung Masterplan Grün 2025 **Vorlage: 444/25**

Frau Jaske präsentiert die Vorlage. Sie teilt mit, dass die Aufwertung der Fläche am Rodder Damm als nächste Maßnahme in die Umsetzung kommen soll. Ziel sei es hier, eine Aufwertung der Fläche zu erreichen, ohne jedoch eine Aue zu schaffen, da dies finanziell nicht umsetzbar sei. Weiter informiert sie darüber, dass die Umsetzung der Maßnahmen am alten Friedhof und auf dem Gelände der ehemaligen Synagogengemeinde anstehe. Während für den alten Friedhof die denkmalrechtliche Erlaubnis vorliege, fehle diese noch für das Gelände der Synagogengemeinde. Beide Projekte seien jedoch gemeinsam ausgeschrieben worden, sodass die Arbeiten zeitnah beginnen könnten. Zur Verdistraße erläutert sie, dass die technischen Betriebe die Entwässerungsfläche geprüft hätten und die Planung nun bei den Grünplanern liege. Die Umsetzung sei ebenfalls für 2026 vorgesehen.

Herr Jansen stellt den Ergänzungsantrag der LINKEN vor, der sich mit der Entsiegelung der Fläche vor der Agentur für Arbeit beschäftigt. Bei der Menge an Geld, die in die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes gesteckt werde, dürfe dieser Platz direkt gegenüber vom Bahnhofsausgang nicht vergessen werden.

Herr Wisselmann unterstützt den Antrag der LINKEN. Er sehe das vorerst als Prüfauftrag für die Verwaltung, die mit der Agentur für Arbeit das Gespräch suchen solle.

Frau Jaske äußert sich zum vorliegenden Ergänzungsantrag. Sie erklärt, dass das Grundstück zum größten Teil nicht im städtischen Eigentum sei und eine Entsiegelung aufgrund der vermuteten Schottererschicht unter der Pflasterung mit hohem Aufwand verbunden sein könnte. Alternativ könnten Pflanzen in Kübeln oder eine Möblierung in Betracht gezogen werden. Ein Kontakt mit dem Eigentümer sei geplant.

Herr Hundrup fragt, warum die Maßnahme am Rodder Damm räumlich in diesem Maße eingegrenzt sei und nicht weiter nach Osten ausgedehnt werde. Zudem verwundere es ihn, dass der Förderantrag für das Europaviertel i.H.v. 120.000 Euro zurückgezogen worden sei.

Frau Jaske verspricht, dies zu prüfen und eine entsprechende Information der Niederschrift beizufügen.

Nachträgliche Informationen der Verwaltung: (Stand: 19.09.2025)

„Die Fläche (am Rodder Damm) ist seit 40 Jahren an eine Privatperson verpachtet; die Liegenschaften prüfen das Pachtverhältnis; die Planungen der Fläche werden die Option einer Erweiterung in östliche Richtung berücksichtigen.“

„Wir haben uns mit den Europaviertel vor ca. einem Jahr auf das Förderprogramm „ExWoSt-Forschungsfeld Urban Heat Labs – Modellvorhaben zur Hitzevorsorge in Quartieren und Gebäuden“ beworben. Auf Grund der umfangreichen Anforderungen an das Verfahren und der begrenzten personellen Kapazitäten haben wir die Bewerbung dann aber zurückgezogen. Weitere Infos zu dem Programm: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/aufrufe/aktuelle-meldungen/urban-heat-labs.html>“

Herr Winnemöller spricht die Ludgeristraße an, wo seit einem Jahr geköpfte Bäume stünden. Er fragt, ob und wann diese ersetzt würden.

Frau Jaske stellt klar, dass die Kronen aus praktischen Gründen frühzeitig entfernt worden seien. Im Rahmen eines KfW-Förderprogramms für natürlichen Klimaschutz in Kommunen sei eine Umgestaltung der Beete und ein Rückbau der Bäume geplant. Die Umsetzung solle noch in diesem Jahr erfolgen, ein genaues Datum könne jedoch nicht genannt werden.

Kenntnisnahme / Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die abgeschlossenen, laufenden und geplanten Maßnahmen des Masterplans Grün gemäß Anlage 1 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt die Planung und Umsetzung der Maßnahme M 15 „Aufwertung der Fläche Rodder Damm“ (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Ergebnisse Kommunale Wärmeplanung - Änderungsantrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.06.2025 Vorlage: 295/25/1

Frau Friedrich stellt den Änderungsantrag der GRÜNEN vor. Sie betont, dass die Wärmeplanung lediglich eine Grundlage auf einer hohen aggregierten Ebene darstelle und ein Begleitgremium erforderlich sei, um den Prozess zu unterstützen. Dieses Gremium solle zusätzliche Fachkompetenz einbringen, die nicht durch die Stadtverwaltung allein bereitgestellt werden könne, und gleichzeitig den öffentlichen Diskurs fördern sowie Bürgerinnen und Bürger sachlich informieren. Sie äußert Bedenken hinsichtlich der Datenqualität der bisherigen Wärmeplanung und schlägt vor, externe Fachbüros einzubinden, um die Ergebnisse zu bewerten und die Politik sowie die Bürgerschaft besser einzubeziehen.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass der finanzielle Spielraum für die kommunale Wärmeplanung begrenzt sei, da die ursprünglich zugesagte 90-prozentige Förderung gestrichen worden sei. Er spricht sich gegen die Einbindung eines externen Büros aus, da zunächst die Datenbasis verbessert werden müsse. Er sagt, dass die Umsetzung der Maßnahmen entscheidend sei und nicht die Erstellung weiterer Konzepte.

Herr Bems äußert Verständnis für den Antrag, zeigt sich jedoch skeptisch hinsichtlich der Bedeutung der kommunalen Wärmeplanung für die Wärmewende. Er hebt hervor, dass individuelle Lösungen für die Bürgerschaft in der Regel die Hauptlösung darstellen würden und dass die Potenziale von Wärmenetzen teilweise begrenzt seien. Er plädiert dafür, keine zusätzlichen finanziellen Mittel für externe Büros bereitzustellen.

Herr Hachmann rät eindringlich dazu, die Bürgerinnen und Bürger stärker über die Auswirkungen der CO₂-Bepreisung zu informieren, um ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Wärmewende zu schaffen.

Frau Friedrich erklärt, dass sie auch damit einverstanden wäre den Antrag zurückzuziehen und zu einem späteren Zeitpunkt des Prozesses dann erneut über ein Begleitgremium zu diskutieren.

Herr Ortel begrüßt den Vorschlag von Frau Friedrich den Antrag vorerst zurückzuziehen. Er äußert Bedenken gegenüber externen Sachverständigen und verweist auf negative Erfahrungen, wie etwa das Nahwärmenetz in der Eschendorfer Aue. Er plädiert dafür, die vorhandenen Mittel effizient zu nutzen und den Prozess nicht durch externe Einbindungen zu verlangsamen.

Herr Kaisal weist darauf hin, dass die Preisentwicklung in der Eschendorfer Aue primär durch externe Faktoren wie den Angriffskrieg in der Ukraine und die Kopplung an Indizes beeinflusst worden sei. Er hebt hervor, dass die Stadtwerke nicht alleine für die gestiegenen Preise verantwortlich seien.

Herr Jansen signalisiert, dass die LINKE dem Antrag der GRÜNEN zugestimmt hätte.

Herr Albers hebt hervor, dass individuelle Lösungen Teil der kommunalen Wärmeplanung seien und dass ein externes Büro nicht die Lösungen vorgeben, sondern gemeinsam mit verschiedenen Akteuren erarbeiten solle. Er sieht die Eschendorfer Aue als Negativbeispiel, aus dem Lehren gezogen werden müssten.

Herr Dieckmann erläutert, dass die Datenbasis der kommunalen Wärmeplanung aufgrund der Datenschutzgrundverordnung generalisiert und somit künstlich verschlechtert werden musste. Bei der gesetzlich vorgeschriebenen Fortschreibung würden Ungenauigkeiten weiter ausgedebattiert.

Frau Friedrich zieht den Antrag der GRÜNEN zurück. Anschließend wird im Einvernehmen über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Kenntnisnahme / Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, die vom Land NRW bereitgestellten Konnexitätszahlungen für die kommunale Wärmeplanung zweckgebunden zur Umsetzung von Maßnahmen der Wärmeplanung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Maßnahmen im Umfang des unter 2. genannten finanziellen Rahmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Errichtung von Windkraftanlagen im Stadtgebiet von Rheine
Beschluss zu den Rahmenbedingungen, Flächen und Kriterien
Vorlage: 271/25**

Herr van Wüllen präsentiert die Vorlage.

Herr Doerenkamp bittet um Klarstellung, ob der Antrag der Bürgerwind Elte keine ungeeigneten Flächen umfasse, um eine spätere Ablehnung zu vermeiden.

Herr van Wüllen bestätigt, dass die betreffende Fläche im Südosten von Elte weitgehend als bedingt geeignete Fläche ausgewiesen sei. Er weist jedoch darauf hin, dass eine Detailprüfung erforderlich sei, insbesondere im Hinblick auf den Artenschutz.

Herr Bems lenkt die Aufmerksamkeit auf die Struktur von Bürgerwindparks und die Frage der Energieüberschüsse. Er regt an, bei der Planung auch Speichertechnologien wie Batteriespeicher oder grünen Wasserstoff zu berücksichtigen.

Herr van Wüllen erklärt, dass es mittlerweile Unternehmen gebe, die sich auf Batteriespeicher spezialisiert hätten, und dass diese in der Regel in der Nähe von Umspannwerken angesiedelt würden. Er betont jedoch, dass eine detaillierte Prüfung erst im Rahmen der Arbeitsplanung erfolgen könne. Zum Thema Bürgerwindparks führt er aus, dass der Begriff nicht gesetzlich geschützt sei und dass es dafür unterschiedliche Vorgaben, etwa durch das EEG oder den Kreis, gebe. Er verweist darauf, dass die Stadt keine Beschlusslage zu diesem Thema habe und er sich daher in der Vorlage bewusst zurückgehalten habe.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, dass im Abgleich mit den städtischen Klimaschutzzielen gemäß Masterplan 100% Klimaschutz eine Errichtung von Windenergieanlagen prioritär in den nunmehr im Regionalplan Münsterland festgelegten Windenergiebereichen erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt weiterhin, dass - ebenfalls im Abgleich mit den städtischen Klimaschutzzielen gemäß Masterplan 100% Klimaschutz - eine Errichtung von Windenergieanlagen auch außerhalb der im Regionalplan Münsterland festgelegten Windenergiebereichen möglich bleiben soll. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Einzelfallprüfung auf Grundlage der in dieser Vorlage aufgeführten Rahmenbedingungen, Vorgaben und Kriterien vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, Vorhaben der Windenergie aufgrund der in dieser Vorlage festgelegten Vorgaben und Zielsetzungen in die Prioritätenliste Bauleit-

planung einzuarbeiten.

Der Antrag der Bürgerwind Elte GbR zur Änderung des Flächennutzungsplanes zur Sondergebietsausweisung von Windenergieanlagen vom 04.03.2025 (Anlage 1) ist auf dieser Grundlage zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Überprüfung der Bebauungspläne in der Innenstadt - Prüfraster
Vorlage: 397/25**

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor.

Frau Dr. Kordfelder äußert eine Nachfrage zur Begründung, insbesondere zur Umwidmung von Erdgeschossflächen in Wohnraum bei fehlender Vermietungsperspektive. Sie gibt an, dass sie sich das Wohnen in Erdgeschossen an zentralen Straßen wie der Emsstraße schwer vorstellen könne.

Herr van Wüllen präzisiert, dass es hierbei nicht um Kernlagen wie die Emsstraße gehe, sondern um Randbereiche des Kerngebiets. Er betont, dass jede Entscheidung eine Einzelfallprüfung erfordere, bei der städtebauliche Zusammenhänge berücksichtigt würden. Selbst in Randlagen sei es möglich, dass eine private (Wohn-) Nutzung im Erdgeschoss nicht zugelassen werde, wenn dies aus städtebaulichen Gründen nicht vertretbar sei. Ziel sei es, eine systematische Überprüfung vorzunehmen, um nicht nur reaktiv, sondern strategisch handeln zu können.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz (StUK) nimmt das vorgelegte Prüfraster zur Priorisierung der Überprüfung der Bebauungspläne (kurz: B-Pläne) im Innenstadtbereich zur Kenntnis und stimmt der Methodik zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der zu prüfende Bereich wird auf den gesamten Innenstadtring erweitert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden B-Pläne anhand des Prüfrasters zu bewerten und in der Bearbeitungsreihenfolge zu priorisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Bebauungsplan Nr.328,

Kennwort: "Cäcilienstraße", der Stadt Rheine

I. Aufstellungsbeschluss

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: 210/25

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor.

Beschlüsse:

I. Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan Nr. 328, Kennwort: "Cäcilienstraße", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufzustellen.

Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Der räumliche Geltungsbereich wird gebildet durch die Flurstücke 588, 1013-1021, 1024-1026, 1029, 1030, 1032, 1033, 1035 und 1075. Die Flurstückbezeichnungen beziehen sich auf die Flur 114, der Gemarkung Rheine. Er befindet sich inmitten des Siedlungsbereiches des Stadtteils Dorenkamp, zwischen der „Breite Straße“ im Norden und der „Mittelstraße“ im Süden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 328, Kennwort: "Cäcilienstraße", der Stadt Rheine eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen ist.

Die öffentliche Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung soll durch eine ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Rheine mit anschließender 3-wöchiger Anhörungsgelegenheit im Fachbereich Planen und Bauen/Stadtplanung der Stadt Rheine erfolgen. Während dieser Anhörung ist allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Bebauungsplan Nr.345,
Kennwort: "Schoppenkamp", der Stadt Rheine**

I. Abwägungsbeschluss

II. Offenlegungsbeschluss

Vorlage: 209/25

Herr Hachmann bringt zur Sprache, dass das Verfahren bereits seit 11 Jahren in Bearbeitung sei. Er verstehe, dass sich manche Planungen in die Länge ziehen könnten. Solche Verzögerungen könne man allerdings keinem Bürger mehr erklären.

Herr Dieckmann präsentiert die Vorlage. Er erklärt, dass die lange Bearbeitungszeit auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sei. Komplizierte Fragestellungen in den Themen Lärm, Umwelt, dem Planungsrecht und die Abstimmung mit den Eigentümern sowie die städtebaulichen Verträge seien hier als Hauptgründe für die Laufzeit zu nennen. 11 Jahre seien selbstverständlich trotzdem viel zu lang für ein solches Verfahren.

Frau Friedrich stellt klar, dass die GRÜNEN der Entwicklung des Projekts bisher nicht zugestimmt hätten und dies auch weiterhin nicht tun würden.

Herr Doerenkamp äußert sich kritisch zur langen Bearbeitungszeit und verweist auf ein ähnliches Bauprojekt in Hauenhorst, bei welchem ebenfalls erhebliche Verzögerungen aufgetreten seien. Er signalisiert jedoch Zustimmung zum Offenlegungsbeschluss, um das Verfahren voranzubringen.

Herr Ortel deutet an, dass er die Ausführungen von Herrn Dieckmann als ein Plädoyer für die Vereinfachung von Verwaltungs- und Verfahrensabläufen werte.

Herr Dieckmann verspricht, dass er so pragmatisch an die Verfahrensabläufe herangehe wie möglich.

Beschlüsse:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 3 Nein-Stimmen

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) der Entwurf Bebauungsplanes Nr. 345, Kennwort: "Schoppenkamp", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Der räumliche Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

im Norden: durch die nördliche Grenze des Flurstücks 41 und 253,
im Osten: durch die östliche Grenze des Flurstücks 253 bis zum Flurstück 254 und der
 östlichen Grenze des Flurstücks 213,

im Süden: durch die südliche Grenze des Flurstücks 213 und 372,
im Westen: durch die östliche Grenze des Flurstücks 331.

Der Geltungsbereich bezieht sich also auf Grundstücke, die zwischen der Mesumer Straße, dem Schoppenkamp, der Ringstraße und der Bahnstrecke Münster-Rheine liegen.

Folgende Flurstücke befinden sich im Geltungsbereich:

Vollständig: 41-50, 213, 253, 329 und 230

Teilweise: die Straße Auf dem Schloss (254) und die Ringstraße (372)

Sämtliche Flurstücke befinden sich in der Flur 23, Gemarkung Rheine Mesum.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
3 Nein-Stimmen

14. Anfragen und Anregungen

Frau Friedrich weist darauf hin, dass im Rahmen der Fassadenerneuerung am Gymnasium Dionysianum große Mengen an Styroporresten nicht ordnungsgemäß entsorgt worden seien und in der Umgebung verstreut lägen.

Herr Bems erkundigt sich nach dem Sachstand zum Spinnereigebäude auf dem ehemaligen Kämpers-Gelände und äußert Bedenken hinsichtlich des Fortschritts.

Herr Dieckmann erläutert, dass der Rückbau abgeschlossen und der Wiederaufbau im Gange sei. Es bestehe ein regelmäßiger Austausch mit den Denkmalschutzstellen und der Bauordnung. Er betont, dass keine Verzögerungen bekannt seien und Fristen eingehalten würden.

Herr Wisselmann thematisiert den Turbinenkanal an der Ems und fragt, ob dessen Trockenlegung beabsichtigt sei. Zudem stünden im Bereich des Wehrs ölverschmierte Geräte, die bei einem Hochwasser in die Ems gelangen könnten.

Herr Dieckmann gibt an, hierzu keine Informationen zu haben. Es werde im Nachgang dazu berichtet.

Nachträgliche Informationen der Verwaltung: (Stand: 19.09.2025):

„Zum Turbinenkanal wird auf Seite 7 der Niederschrift vom 26.10.2022 zur Vorlage 393/22 „Emswehr: Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit“ verwiesen => „Herr Dr. Schimmer prognostiziert mit allem Vorbehalt zum jetzigen Planungsstand zum Turbinengraben, dass dort abhängig von den Wasserständen (erst bei erhöhten Abflüssen) Wasser aufgrund des frühen Planstadiums mit geringerem Abfluss und in geringerer Solhöhe fließen wird (Stillgewässercharakter) oder zeitweise auch trockenfallen.“

Zum Punkt „ölverschmierte Geräte“ hat sich ein städtischer MA vor Ort umgesehen. Da dort derzeit eine Baumaßnahme der TBR im Bereich des Salinenkanals stattfindet, sind Baustellenfahrzeuge vor Ort. Andere ölverschmierte Geräte o. ä. konnten nicht festgestellt werden.“

Ende der Sitzung: 20:13 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
Schriftführer